

Handelskammern des Landes angeschlossen haben. Es war also das Bestreben der Landwirthschaft, naturgemäß auch ihre Interessen geltend zu machen. Wie steht es aber mit den Aussichten auf Erfolg dieser Bestrebungen? Ich glaube, da steht es eben nicht gut und die königl. Staatsregierung ist jedenfalls bezüglich dieser Frage in einer Zwangslage gewesen. Wir sind aber nicht im Stande, bei der geringen Ausdehnung und Machtstellung unsers Vaterlandes maßgebende Entschlüsse zu fassen, sondern mehr oder weniger abhängig von den Entschlüssen, welche die größeren Nachbarstaaten fassen und nach Befinden ins Leben treten lassen unerwartet unserer Entschlüssen. So ist es auch mit der Gütertariffrage; sie ist von der preussischen Staatsregierung sehr ernst behandelt und mit Energie in Scene gesetzt worden. Es ist uns die Gefahr nahe gelegt worden, daß mehr oder weniger unserm Eisenbahnnetz der Verkehr entzogen werden könnte, wenn wir nicht den gleichen Schritt einhalten, wie der Nachbarstaat. Was soll die Staatsregierung Anderes thun, als dem großen Commando sich zu fügen, wenn sie auch vielleicht gern Modificationen herbeiführen möchte zu Gunsten einzelner Erwerbszweige unsers Vaterlandes? Nicht einmal in der Zweiten Kammer ist es geschehen und gewiß noch viel weniger wird man in der Ersten Kammer die Behauptung aufstellen wollen, daß für Regelung von Tariffragen eine Mitwirkung der Ständekammern geboten sei. Es ist von der Zweiten Kammer im Gegentheil auf's Dankbarste anerkannt worden, daß die königl. Staatsregierung unerwartet definitiver Entschlüsse über die Tarifänderung der Kammer Gelegenheit gegeben habe, sich darüber zu äußern und es kann ja nicht fehlen, daß, wenn rechtzeitig von beiden Ständekammern gegenüber dem Vorhaben der Staatsregierung Bedenken erhoben worden wären, die Staatsregierung solches Vorgehen gewürdigt haben würde. Wir möchten aber den auf das Wohl des gesammten Landes gerichteten Bestrebungen der Staatsregierung durch constitutionelle Formen nicht unnötige Schwierigkeiten bereiten.

Die Deputation schlägt daher in ihrer großen Majorität Ihnen vor, die in Bezug auf den Gütertarif eingegangenen Petitionen auf sich beruhen zu lassen, während der Minoritätsvotant, wie Sie gelesen haben werden, die Petitionen der königl. Staatsregierung zur Kenntnissnahme überwiesen haben will. Ehe ich diesen Theil meines Vortrags schließe, habe ich nur noch der Petition zu gedenken, welche von den Mitgliedern des Vereins für die Bergbauinteressen im östlichen Erzgebirge — eine etwas lange Firma — wegen der Zechenbahnsäke in dem Zugau-Delsnitzer Kohlengraben eingebracht worden ist. Es ist in dem Bericht alles Nötige enthalten. Die Frage ist noch nicht abgeschlossen, wenigstens ist der Deputation nicht bekannt, daß sie abgeschlossen sei, und es ist von

der königl. Staatsregierung durch den Eintritt in diese Verhandlungen bereits thatsächlich bewiesen worden, daß den Wünschen der Petenten, soweit man sie überhaupt für gerechtfertigt hält, Rechnung getragen werden soll. Deswegen haben wir auch die Petition nicht anders censiren können, als dieselbe der königl. Staatsregierung zur Kenntnissnahme zu übergeben. Wir konnten sie ja auch vollständig auf sich beruhen lassen, weil sie bereits in Erwägung gezogen ist; aber man empfiehlt den Beitritt zu dem Votum der Zweiten Kammer, nicht nur zu Vermeidung einer Differenz, sondern auch um zu kennzeichnen, daß man der Petition den Erfolg gönnt. Auf diese Bemerkungen glaube ich, was die Einnahmen anlangt, mich beschränken zu können und schließe unter Hinweis auf das Schlussvotum, welches, anschließend an das Votum der Zweiten Kammer, dahin lautet: die Einnahmen der Staatsbahnen in den einzelnen Titeln und Untertiteln nach der Vorlage zu bewilligen.

Präsident von Zehmen: Ich habe zunächst die allgemeine Debatte zu eröffnen über den Eisenbahnetat und werde vorschlagen, nach Schluß desselben in die Specialberathung über A, Eisenbahnetat, Einnahmen, die dazu eingegangenen Petitionen und das Separatvotum des Herrn Seiler einzutreten und dabei die Titel 1 bis 6 zusammen in Verhandlung zu nehmen. Wenn die Kammer damit einverstanden ist, so habe ich zu fragen: ob Jemand im Allgemeinen über den Eisenbahnetat zu sprechen wünscht? — Es meldet sich Niemand zum Wort. — Herr Referent? — Verzichtet.

Es ist nunmehr die Verhandlung über A, die Einnahme des Eisenbahnhaushaltsetats in Verbindung mit dem Separatvotum des Herrn Seiler, Drucksache Nr. 121 und 122, und die vom Herrn Referenten bereits im Berichte erwähnten eingegangenen Petitionen eröffnet. Herr Seiler hat zunächst das Wort als Minoritätsvotant. Dann haben sich zum Worte gemeldet Herr von Friesen und Herr Bürgermeister Heinrich.

Kreisvorsitzender Seiler: Dem, was der Herr Referent ausgesprochen über den Bericht und Referenten der Zweiten Kammer, vermag ich nicht so im Allgemeinen mich anzuschließen, das geht aus meinem Separatvotum hervor. Besonders in Bezug auf die eingegangenen Petitionen aus landwirthschaftlichen Kreisen hat der Herr Abg. Kirbach, der jenseitige Referent, nicht objectiv Stellung genommen, sondern sehr einseitig, und ich würde beklagen, wenn die Erste Kammer sich dem bezüglichlichen Urtheile und dem Votum der Zweiten Kammer anschließen wollte. Landwirthschaft, der ländliche Grundbesitz, leidet, wie allgemein anerkannt ist, seit einer Reihe von Jahren unter einer gewissen unglücklichen Constellation. Die mächtigsten Erfindungen der neueren